

DANZIG

I. GESETZ ÜBER DEN UNTERRICHT DER POLNISCHEN MINDERHEIT VOM 20. DEZEMBER 1921.

Abschnitt I.

Von den öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache.

§ 1.

Väter oder erziehungsberechtigte Mütter polnischer Abstammung oder Muttersprache, die die Danziger Staatsangehörigkeit besitzen, können beantragen, daß ihre Kinder in Volksschulen oder Volksschulklassen mit polnischer Unterrichtssprache unterrichtet werden.

Sonstige Erziehungsberechtigte können für Kinder Danziger Staatsangehörigkeit, für die sie die Erziehungsberechtigung haben, den gleichen Antrag stellen, sofern diese Kinder nicht deutscher Abstammung oder Muttersprache sind.

Alle Schulen und Schulklassen, die nicht für eine nationale Minderheit besonders eingerichtet sind, gelten als Schulen mit deutschem Charakter.

§2.

Der Antrag gemäß § 1 ist in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Januar oder bei schulpflichtig werdenden Kindern zum Einschulungstermin bei dem zuständigen Schulleiter oder Lehrer des Schulortes oder Schulbezirkes in folgender Form zu Protokoll zu geben:

Ich beantrage als Vater — als erziehungsberechtigte Mutter — polnischer Abstammung oder Muttersprache des (der)

..... in

Erziehungsberechtigter des (der)

polnischer Abstammung oder Muttersprache, daß

in eine Schule oder in eine Klasse mit polnischer Unterrichtssprache aufgenommen wird.

Name (Vorname)

Beruf

Wohnung

§ 3.

Über den Antrag entscheidet der Kreisschulrat, in strittigen Fällen im Einvernehmen mit den (dem) Schulvorständen (Schulvorstand) oder Schulkommissionen. Zwecks Feststellung der Persönlichkeit und des Rechtstitels desjenigen Erziehungsberechtigten, der den Antrag für ein Kind stellt, und zwecks Nachweisung der in § 1, Absatz 2 vorgeschriebenen Voraussetzungen kann vor der Entscheidung der Kreisschulrat die Vorlage der Geburtsurkunde des Kindes, einer etwaigen

Bestellung als Vormund und anderer beweiskräftiger Urkunden verlangen, die zur erforderlichen Beweisführung notwendig sind.

§ 4.

Gegen die in § 3 vorgesehene Entscheidung über die nach § 1 und 2 gestellten Anträge steht den Antragstellern die Beschwerde bei der Schulaufsichtsbehörde offen.

§ 5.

Falls die Zahl der schulpflichtigen Kinder, bezüglich derer den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechende Anträge gestellt und genehmigt sind, in einer Gemeinde voraussichtlich dauernd mindestens 40 beträgt, ist für sie eine Schule oder Klasse mit polnischer Unterrichtssprache auf Kosten der Schulunterhaltungspflichtigen einzurichten.

Polnische Kinder aus Nachbarorten von nicht über 3,5 km Entfernung können in eine bestehende oder einzurichtende polnische Schule oder Klasse eingeschult werden, wenn sich die Erziehungsberechtigten zur Zahlung der gesetzlichen Kosten verpflichten.

§ 6.

Falls die sprachlichen Verhältnisse der Kinder, die eine Schule oder eine Klasse mit polnischer Unterrichtssprache besuchen, eine Änderung erfahren haben und angenommen werden kann, daß die Muttersprache von weniger als 40 Kindern im gegebenen Augenblick die polnische Sprache ist, kann die Schulaufsichtsbehörde anordnen, daß erneut Anträge der Erziehungsberechtigten nach § 1 und 2 gestellt werden. Eine solche Anordnung darf nicht öfters als einmal im Jahr stattfinden. Ergibt sich alsdann, daß die Voraussetzungen des § 5 nicht mehr vorliegen, so wird nach Beendigung desjenigen Schuljahres, in dem die Anordnung erfolgt ist, die polnische Unterrichtssprache in die deutsche umgewandelt. Diese Umwandlung kann auch erfolgen, wenn die Zahl der schulpflichtigen Kinder, bezüglich derer den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechende Anträge gestellt und genehmigt sind, in einer Gemeinde dauernd unter 40 sinkt.

§ 7.

In jeder öffentlichen Schule oder Klasse mit polnischer Unterrichtssprache ist der Unterricht auf der Mittel- und Oberstufe in der deutschen Sprache Pflichtunterricht. Der Umfang des Unterrichts in der deutschen Sprache wird durch die Schulaufsichtsbehörde bestimmt. In sämtlichen Unterrichtsfächern der Schulen oder Klassen mit polnischer Unterrichtssprache ist außer im Deutschen Polnisch die Unterrichtssprache.

Die deutsche Sprache ist die Amtssprache sämtlicher Schulen mit polnischer Unterrichtssprache im Verkehr mit allen Staats- und Gemeindebehörden oder sonstigen Dienststellen. Die Zeugnisse in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache müssen neben dem polnischen auch noch einen deutschen Text haben.

§ 8.

Öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache werden in jeder Hinsicht in gleicher Weise wie solche mit deutscher Unterrichtssprache behandelt. Sie befinden sich in derselben Rechtslage und in demselben Verhältnis zu den Staats- und Gemeindebehörden wie diese, haben dieselbe Verwaltung und Einrichtungen, unterliegen denselben Vorschriften und Anordnungen und unterstehen denselben Aufsichtsbehörden. Die Lehrer an diesen Schulen haben dieselben Rechte und Pflichten wie die Lehrer an öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache.

Es darf nichts gelehrt werden, was gegen das Danziger Staatswesen gerichtet ist, vielmehr soll in den Herzen der Schüler die Liebe zum Heimatland Danzig geweckt werden.

§ 9.

Für jede polnische Schule wird ein Schulvorstand oder eine Schulkommission nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften gebildet, sofern nicht die an einem Orte befindlichen konfessionellen Schulen durch einen gemeinsamen Schulvorstand vertreten sind. Die von den Gemeindegemeinschaften zu wählenden und der Schulaufsichtsbehörde zur Bestätigung vorzuschlagenden Mitglieder sollen möglichst solche wahlberechtigte Personen sein, deren Kinder die Schule mit polnischer Unterrichtssprache besuchen.

§ 10.

Falls an einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache eine oder mehrere polnische Klassen errichtet sind, so soll möglichst eines von den durch die Gemeindegemeinschaften zu wählenden und der Schulaufsichtsbehörde zur Bestätigung vorzuschlagenden Mitgliedern des Schulvorstandes oder der Schulkommission eine solche wahlberechtigte Person sein, deren Kinder die polnische Klasse(n) besuchen.

§ 11.

Wenn die Zahl der nach § 1 und 2 gestellten Anträge geringer als 40, aber doch verhältnismäßig beträchtlich ist, kann auf Antrag der beteiligten Erziehungsberechtigten die Schulaufsichtsbehörde, falls der Berücksichtigung dieser Anträge nicht besondere Umstände widersprechen, bestimmen, daß die polnische Sprache in der Schule als Unterrichtsgegenstand für die polnischen Kinder eingeführt wird. Der Umfang des polnischen Sprachunterrichts sowie die etwaige Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache in solchen Schulen, auf die dieser Artikel Anwendung findet, wird durch die Schulaufsichtsbehörde bestimmt.

Abschnitt II.

Von den privaten Schulen und Erziehungsanstalten mit polnischer Unterrichtssprache.

§ 12.

Die Danziger Staatsangehörigen polnischer Abstammung oder Muttersprache haben das Recht, auf eigene Kosten Schulen und andere Erziehungsanstalten für Kinder von Einwohnern der Freien Stadt Danzig zu begründen und zu leiten und in diesen ihre Muttersprache frei zu gebrauchen. Auf diese Schulen und Erziehungsanstalten finden die allgemeinen für die privaten Schulen und Erziehungsanstalten geltenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie § 1, Absatz 3 und § 7 dieses Gesetzes Anwendung.

§ 13.

Jede der nach § 12 zu begründenden Schulen und Erziehungsanstalten bedarf nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen der besonderen Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.

Abschnitt III. Von der Ausführung des Gesetzes.

§ 14.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Senat beauftragt.

§ 15.

Bestimmungen der geltenden Gesetze und Verordnungen, die den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechen, werden aufgehoben.

II. ANWEISUNG ZUR AUSFÜHRUNG DES GESETZES ÜBER DEN UNTERRICHT DER POLNISCHEN MINDERHEIT VOM 20. DEZEMBER 1921.

1.

Die Schulleiter oder Lehrer reichen die von ihnen gemäß den Paragraphen 1 und 2 des Gesetzes zu Protokoll zu nehmenden Anträge innerhalb acht Tagen nach dem Fälligkeitstermin gesammelt dem zuständigen Kreisschulrat ein.

2.

Der Kreisschulrat prüft die Anträge sofort nach ihrem Eingang und unterbreitet sodann, soweit die Bedingungen des § 5 erfüllt sind, der Schulaufsichtsbehörde umgehend Vorschläge für die zweckmäßige Einrichtung der erforderlichen polnischen Schulen oder Klassen.

Kommt die Einführung der polnischen Sprache nur als Unterrichtsgegenstand oder im Religionsunterricht in Frage (§ 11), so setzt sich der Kreisschulrat zunächst mit dem zuständigen Schulvorstand (Schuldeputation) ins Benehmen und berichtet

alsdann der Schulaufsichtsbehörde über das Ergebnis der Verhandlungen, sowie die für die etwaige Einführung des polnischen Sprach- und Religionsunterrichts zu treffenden Maßnahmen.

Falls im Laufe der Zeit in den sprachlichen Verhältnissen der Schulkinder die im § 6 vorgesehenen Änderungen eintreten, hat der Kreisschulrat unter Darlegung der eigenen Stellungnahme der Schulaufsichtsbehörde darüber zu berichten.

3.

Der auf der Mittel- und Oberstufe der Schulen oder Klassen mit polnischer Unterrichtssprache pflichtmäßig zu erteilende deutsche Sprachunterricht (§ 7) ist in der Regel auf fünf Wochenstunden zu bemessen. Dem polnischen Sprachunterricht für polnische Kinder in den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache (§ 11) sind im allgemeinen ebenfalls fünf und bei etwaiger Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache vier Wochenstunden auf der Mittel- oder Oberstufe einzuräumen.

Zur Vermeidung einer Überlastung der polnischen Kinder ist der übrige Unterricht in jedem Falle für sie so zu kürzen, daß die allgemein für die Volksschulen vorgesehenen normalen Stundenzahlen nicht überschritten werden.

Erachtet der Kreisschulrat nach Lage der Verhältnisse und in Rücksicht auf die Wünsche der polnischen Bevölkerung in besonderen Fällen eine Vermehrung oder eine Verminderung der Anzahl der deutschen oder der polnischen Sprachunterrichtsstunden für erforderlich, so hat er bei der Schulaufsichtsbehörde dahingehende begründete Anträge zu stellen.

4.

Die Neubildung der Schulvorstände oder Schulkommissionen für die polnischen Schulen (§ 9) ist von den zuständigen Stellen in die Wege zu leiten, sobald die Einrichtung einer Schule gesichert ist.

Falls in dem Schulvorstand oder in der Schulkommission einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache, der eine oder mehrere polnische Klassen angegliedert sind (§ 10), kein Mitglied vorhanden ist, dessen Kinder eine polnische Klasse besuchen, ist in geeigneten Fällen von dem Schulvorstand oder der Schulkommission möglichst eine solche Person zu den Beratungen heranzuziehen, jedoch ohne Stimmrecht.

5.

Mit der Ausführung dieser Anweisung ist sofort zu beginnen, damit der Unterricht der polnischen Minderheit bis zum Beginn des Schuljahres 1922/23 geregelt ist.

Quelle: Rühlmann, Paul: Das Schulrecht der deutschen Minderheiten in Europa. Eine Sammlung der gesetzlichen Bestimmungen, Breslau 1926, S. 468-541.